

# Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik Nr. 34 – 14. Dezember 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE. übermitteln wir euch aktuelle Informationen zu verschiedenen kommunal relevanten Themen aus EU, Bund, Ländern und Kommunen. Wie immer nehmen wir sehr gern weiterführende Hinweise oder Verbesserungen zur Gestaltung des Kommunal-Newsletters entgegen. Um möglichst Viele zu erreichen, wären wir euch auch dankbar, wenn ihr den Kommunal-Newsletter weiter verschicken oder empfehlen würdet. Bereits erschienene Ausgaben können bei uns angefordert werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Katrin Kunert (MdB), Petra Brangsch und Manfred Klaus

---

## D i e I n h a l t e

1. Bundesweite Konferenzen der Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE.
2. Parlamentarische Initiativen
3. Themen
  - 3.1. Daseinsvorsorge
  - 3.2. Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen
  - 3.3. Öffentliche Vergabe
  - 3.4. Soziales
  - 3.5. Öffentlicher Nahverkehr
  - 3.6. Umwelt und Energie
  - 3.7. Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung
  - 3.8. Rechtsvorschriften
4. Personalien – Linke Mandate
5. Veranstaltungen
6. Veröffentlichungen
7. Kontakte

---

## 1. Bundesweite Konferenzen der Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE.

**18.01.2008, 10:00 Uhr bis 27.01.2008 18:00 Uhr**

### **DIE LINKE auf der Internationalen Grünen Woche**

Die Grüne Woche wird rot. Erstmals wird sich auch die Bundestagsfraktion DIE LINKE mit einem eigenen Stand präsentieren. Der rote Traktor darf dabei nicht fehlen. LINKE Agrarpolitik heißt: Faire Löhne bei der Spargelernte. Faire Preise im Supermarkt. Verbraucherinformation statt Verbrauchertäuschung.

[http://www.linksfraktion.de/termin\\_der\\_fraktion.php?artikel=1626886614](http://www.linksfraktion.de/termin_der_fraktion.php?artikel=1626886614)

**19. Januar 2008, 10.00 Uhr bis 15.30 Uhr**

### **Mit unserer Gesundheit Kasse machen - Kommerzialisierung und Privatisierung im Gesundheitswesen**

Die Fraktion wird sich mit dieser Konferenz im Technologie- und Tagungszentrum klar gegen eine weitere Privatisierung des Gesundheitswesens positionieren. Das Universitätsklinikum Marburg ist das erste, das vom Land an einen privaten Betreiber verkauft worden ist. Mit betroffenen Angestellten und interessierten Bürgern Hessens diskutieren wir unsere Position.

**Ort:** Marburg an der Lahn, Frankfurter Straße/Softwarecenter 3

**21. Januar 2008, 12.00 Uhr bis 17.00 Uhr**

**Bundesweites Treffen mit Sozialticketinitiativen und Vertreter/innen aus Städten mit Sozialticket der Bundestagsfraktion DIE LINKE**

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE lädt alle lokalen Initiativen, die sich für die Einführung von Sozialtickets und Fahrscheinen zum Nulltarif engagieren sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Städten und Landkreisen, die bereits ein Sozialticket eingeführt haben, zu einem ersten bundesweiten Erfahrungsaustausch ein. Anliegen dieses Treffens ist es, sich in einer ersten Runde über konkrete Erfahrungen der Arbeit der Initiativen bzw. der Praxis bestehender Sozialtickets auszutauschen. In einer zweiten Runde soll die besondere Aufgabe der Bundespolitik und die Rolle der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, für diese zunächst kommunalpolitischen Belange debattiert werden.

**Ort:** Bundestag, Fraktionssaal der LINKEN

**Info:** Kontaktstelle der Fraktion DIE LINKE [corinna.genschel@linksfraktion.de](mailto:corinna.genschel@linksfraktion.de) (030 22752097)

---

## 2. Parlamentarische Initiativen

### **17 Anträge der Fraktion DIE LINKE zu Ostrenten (Drs. 16/7019-16/7034)**

Die Fraktion DIE LINKE hat heute 17 Anträge zur Überwindung von Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten gegenüber älteren Menschen in den neuen Bundesländern erarbeitet. Gregor Gysi und Martina Bunge stellten die Anträge heute bei einer Pressekonferenz im Bundestag vor.

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1296741767>

### **Antrag der Linksfraktion – Solidarausgleich in der Rente für Versicherte mit unterbrochenen Erwerbsbiographien und geringen einkommen stärken**

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/070/1607038.pdf>

### **Antrag der Linksfraktion – Für eine erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul-, Bildungs- und Berufsabschlüssen**

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/071/1607109.pdf>

### **Antrag der Linksfraktion – Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen erweitern – Partizipation umfassend sichern**

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/071/1607110.pdf>

### **Antrag der Linksfraktion – Aktionsplan „Finanzmärkte demokratisch kontrollieren, Konjunktur und Beschäftigung stärken“**

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/071/1607191.pdf>

---

## 3. Themen

### 3.1. Daseinsvorsorge

#### **Elsdorfer wollen Kanalnetz behalten - Verkauf an den Erftverband in Bürgerentscheid abgelehnt**

Die Bürger von Elsdorf wollen, dass das örtliche Kanalnetz im Besitz der Gemeinde verbleibt. In einem Bürgerentscheid lehnten am Sonntag 84,9 Prozent der Abstimmenden einen Verkauf des Netzes an den Erftverband ab. Das meldete die Initiative „Mehr Demokratie“ in Köln. Die Abstimmungsbeteiligung lag bei 41,6 Prozent.

<http://www.nrw.mehr-demokratie.de/elsdorf.html>

### 3.2. Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen

#### **Innovative Ansätze zur Stärkung der lokalen Wirtschaft in benachteiligten Stadtteilen**

Das Deutsche Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW) stellt in einer Studie Praxisbeispiele vor, die vorbildlich das breite Spektrum an Wirtschaftsförderungsinstrumenten auf lokaler Ebene verdeutlichen. Auf dieser Grundlage analysierten und diskutierten die beteiligten Städte Strategien, Instrumente und gute Beispiele für die Entwicklung der lokalen Wirtschaft insbesondere in benachteiligten Stadtteilen und erarbeiteten deren wichtigsten Potenziale, Defizite und Hemmnisse.

[http://www.dssw.de/downloads/dl\\_hd\\_dssw\\_21.pdf](http://www.dssw.de/downloads/dl_hd_dssw_21.pdf)

### 3.3. Öffentliche Vergabe

#### **DStGB- Leitlinien für die Vergabe von Postdienstleistungen durch Kommunen**

Zum Jahresbeginn 2008 wird die Exklusivlizenz der Deutschen Post AG für einen weiteren großen Bereich wegfallen. Dieser Wegfall der Exklusivlizenz betrifft – gewöhnliche – Briefsendungen und adressierte Kataloge, deren Einzelgewicht bis 50 g und deren Einzelpreis weniger als das zweieinhalbfache des Preises für entsprechende Postsendungen der untersten Gewichtsklasse beträgt. Folge dieser zum 1. Januar 2008 eintretenden Liberalisierung ist, dass auch die Städte und Gemeinden als Auftraggeber zukünftig grundsätzlich gehalten sind, diese Postdienstleistungen nach der VOL/A im Rahmen eines Wettbewerbs auszuschreiben. Um hier den Städten und Gemeinden eine Hilfe bei der Ausschreibung zu geben, hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund in Abstimmung mit den Mitgliedsverbänden die in der Anlage beigefügten „DStGB-Leitlinien für die Vergabe von Postdienstleistungen durch Kommunen“ erarbeitet.

[http://www.dstgb.de/homepage/positionspapiere/dstgb\\_leitlinien\\_fuer\\_die\\_vergabe\\_von\\_postdienstleistungen\\_durch\\_kommunen/index.html](http://www.dstgb.de/homepage/positionspapiere/dstgb_leitlinien_fuer_die_vergabe_von_postdienstleistungen_durch_kommunen/index.html)

### 3.4. Soziales und Gesundheit

#### **Stromkosten-Rückerstattungen nicht als Einkommen anrechnen**

Petitionsausschuss

Berlin: (hib/RRA) Stromkosten-Rückerstattungen an Arbeitslosengeld-II-Empfänger sollen nicht als Einkommen angerechnet werden. Dafür hat sich der Petitionsausschuss am 28. November 2007 ausgesprochen. Er beschloss einvernehmlich, die zugrundeliegende Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. In der öffentlichen Petition, die von 689 Personen unterstützt wurde, wurde gefordert, dass bei Empfängern von Arbeitslosengeld II, die ihre Energiekosten aus ihrem Bedarfssatz bezahlen, ein Guthaben, das nach Abrechnung der tatsächlichen Kosten verbleibt, nicht als Einkommen angerechnet wird.

[http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2007/2007\\_309/01.html](http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2007/2007_309/01.html)

#### **Einschulungsgeld für Kinder von Hartz IV Beziehenden**

In Göttingen und dem Landkreis Dahme-Spreewald erhalten Kinder von Hartz IV - Beziehenden jeweils 80 Euro Einschulungsgeld. In Zossen, Brandenburg sind es 65 Euro und in Führt 50 Euro pro Kind zur Einschulung.

#### **Einschulungskosten bei Hartz IV: Landessozialgericht sieht grundsätzliche Bedeutung**

Erstmalig hat ein Landessozialgericht die grundsätzliche Bedeutung der Einschulungskosten bei Hartz IV erkannt und die Beschwerde vor dem Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen zugelassen. In seiner Begründung führte das Landessozialgericht aus, dass dem Verfahren grundsätzliche Bedeutung beizumessen sei und es zu prüfen sei, ob die Abschaffung der einmaligen Beihilfen auch unter verfassungsmäßigen Gesichtspunkten rechtmäßig sei. Ebenso führte es an, dass die von zahlreichen niedersächsischen gewährten freiwilligen Sozialleistungen einen Hinweis darauf geben könnte, dass der ALG II-Regelsatz den verfassungsmäßigen Anforderungen (Bedarfsdeckungsgrundsatz oder Individualisierungsgrundsatz) nicht genügt.

<http://www.elo-forum.org/lsg-nd-br-grundsatzliche-bedeutung-wegen-einschulung-zugelassen-t19607.html?t=19607>

#### **Wichtige Info - Neue ALG II Verordnung**

Bitte überprüft, ob ARGEn oder Optionskommunen diese Regelungen auch umsetzen. Einmalige Einnahmen werden lediglich bis 50 Euro (pro Jahr!) nicht angerechnet. Bei Zuwendungen anlässlich des Weihnachtsfestes könnten zwei andere Bestimmungen der neuen Verordnung relevant sein. Denn laut § 1 Abs 1 Punkt 2 und 3 gelten „Zuwendungen Dritter, die einem anderen Zweck ... dienen“ sowie „Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege...“ in der Regel als nicht zu berücksichtigendes Einkommen.

[http://www.bmas.de/coremedia/generator/22754/property=pdf/entwurf\\_alg\\_ii\\_sozialgeld\\_vo.pdf](http://www.bmas.de/coremedia/generator/22754/property=pdf/entwurf_alg_ii_sozialgeld_vo.pdf)

### **Sozialtarif für Strom und Gas in Köln**

Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE hat der Stadtrat am 13. Dezember 2007 einen fraktionsübergreifenden Antrag in Köln angenommen. Mit dem Antrag wird die Verwaltung beauftragt, mit der RheinEnergie AG zu verhandeln, in welcher Form und unter welchen Bedingungen ein Sozialtarif auch in Köln machbar ist.

[http://www.linksfraktion-koeln.de/detaildarstellung4.html?&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=4440&tx\\_ttnews\[backPid\]=150&cHash=4c6214e2aa](http://www.linksfraktion-koeln.de/detaildarstellung4.html?&tx_ttnews[tt_news]=4440&tx_ttnews[backPid]=150&cHash=4c6214e2aa)

## **3.5. Öffentlicher Nahverkehr**

### **Brandenburg: Volksinitiative für kostenlose Schülerbeförderung**

Fast 26 300 Brandenburger haben die Volksinitiative für eine kostenlose Schülerbeförderung im Land unterstützt. Weiter unter <http://www.lr-online.de/regionen/brandenburg/art25,1868427>

### **Dresden - DIE LINKE für mehr Vergünstigungen im Nahverkehr**

Die Linke im Stadtrat spricht sich für die Einführung eines Sozialtickets aus. Mit dem Fahrschein sollen Hartz-IV-Bezieher, Sozialhilfeempfänger und Asylbewerber deutlich billiger als bislang Busse und Straßenbahnen nutzen können. Stadtrat Jens Matthis schlägt als Richtwert die Halbierung des Preises für eine Monatskarte vor, die derzeit 44 Euro kostet. Den Antrag findet ihr auf der Webseite der Fraktion.

<http://linke-fraktion-dresden.de/>

## **3.6. Umwelt und Energie**

### **Wichtiger Nachtrag zu: Bürgerprotest bringt RWE-Plan für Großkraftwerk zu Fall**

Der Essener Energiekonzern RWE ist mit seinem milliardenschweren Plan zum Bau eines Großkraftwerks im saarländischen Ensdorf am Widerstand der Bevölkerung gescheitert. Zu verdanken ist dies auch dem Engagement der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Hans-Kurt Hill, energiepolitischer Sprecher, hat mit seine Mannschaft das Aktionsbündnis vor Ort tatkräftig unterstützt. In einer Bürgerbefragung in der Gemeinde lehnten nach Angaben der Kommune rund 70 Prozent der Teilnehmer den Bau eines Kohlekraftwerks mit einer Leistung von 1600 Megawatt ab.

<http://www.taz.de/1/zukunft/umwelt/artikel/1/gemeinde-stoppt-rwe/?src=AR&cHash=1afe947674>

[http://de.today.reuters.com/news/newsArticle.aspx?type=companiesNews&storyID=2007-11-26T060852Z\\_01\\_KOE622113\\_RTRDEOC\\_0\\_DEUTSCHLAND-FIRMEN-RWE-ZF.xml](http://de.today.reuters.com/news/newsArticle.aspx?type=companiesNews&storyID=2007-11-26T060852Z_01_KOE622113_RTRDEOC_0_DEUTSCHLAND-FIRMEN-RWE-ZF.xml)

### **KWK-Ausbau als wichtigstes klimapolitisches Instrument der Kommunen**

Mehr als die Hälfte des Stroms könnte umweltfreundlich in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) erzeugt werden. Kommunale Handlungsmöglichkeiten trotz der Einschränkungen in der Konzessionsabgabenverordnung (KAV - Verordnung über Konzessionsabgaben für Strom und Gas) stellte der Bundesverbandes Kraft-Wärme-Kopplung e.V. (B.KWK) in seiner Jahrestagung am 14.11.2007 in Berlin vor.

[http://www.bkwk.de/bkwk/aktuelles/politik/view\\_html?zid=314](http://www.bkwk.de/bkwk/aktuelles/politik/view_html?zid=314)

### **Energiesparen und erneuerbare Energien – Adressen, Ansprechpartner und Förderprogramme (auch kommunale Programme)**

In der vom BMU erstellten Broschüre gibt es auch eine Übersicht in welchen Ländern Kommunen eigene Programme zur Förderung erneuerbarer Energien und von Energieeinsparungen aufgelegt haben.

[http://www.dstgb.de/homepage/artikel/schwerpunkte/klimaschutz\\_und\\_energieeffizienz/foerderprogramm-uebersicht\\_foerderprogramme/download/geld\\_vom\\_staat\\_broschuere\\_des\\_bmu/bmu\\_broschuere.pdf](http://www.dstgb.de/homepage/artikel/schwerpunkte/klimaschutz_und_energieeffizienz/foerderprogramm-uebersicht_foerderprogramme/download/geld_vom_staat_broschuere_des_bmu/bmu_broschuere.pdf)

### **Die Energie-Gemeinde**

Global denken, lokal handeln - ein viel beschworener Satz im Zeitalter des Klimawandels. Nur wer hält sich daran? Die Bürger des Ortes Freiamt im Schwarzwald. Sie produzieren ihren Strom allein aus regenerativen Energien.

<http://www.freiamt.de/aktuell/index.html>

<http://www.schrotundkorn.de/2007/200705b10.html>

### **Energie-Gemeinden im Südschwarzwald**

Im Zeichen der Klimadiskussion gehen immer mehr, vor allem kleinere Gemeinden, neue Wege bei der Gewinnung und Einsparung von Energie. Beispiele aus sieben Schwarzwald-Dörfern haben die Energieagentur Regio Freiburg und der Arbeitskreis Energie im Naturpark Südschwarzwald jetzt in einer Broschüre zusammengefasst: "Energiegemeinden im Naturpark Südschwarzwald", zu beziehen unter

<http://www.energieagentur-regio-freiburg.de>

### **Feinstaub und Umweltzonen**

Alles um das Thema Feinstaub und Umweltzone: Aktuelles, rechtliche Grundlagen und fachliche Hinweise, einschließlich Begriffe hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund zusammengestellt unter:

[http://www.dstgb.de/homepage/artikel/schwerpunkte/feinstaub\\_und\\_umweltzonen/](http://www.dstgb.de/homepage/artikel/schwerpunkte/feinstaub_und_umweltzonen/)

### **Integriertes Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung**

Der Deutsche Städtetag unterstützt grundsätzlich das vom Bundeskabinett verabschiedete integrierte Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung. Der Spitzenverband empfiehlt jedoch, verschiedene Fördermaßnahmen kommunalfreundlicher auszugestalten und den öffentlichen Personennahverkehr stärker zu fördern.

<http://www.staedtetag.de/10/pressecke/pressedienst/artikel/2007/12/05/00511/index.html>

### **Greenpeace kritisiert Klimaschutzpaket der Bundesregierung**

Mit dem heute verabschiedeten Klimaschutzpaket wird die Bundesregierung ihre selbst gesteckten Ziele beim Klimaschutz nicht erreichen. Das ist die Einschätzung der Umweltorganisation Greenpeace, die weitergehende Maßnahmen fordert. Eine besonders gefährliche Entwicklung beim Klimaschutz stellen die Ausbaupläne der Energiewirtschaft für neue Kohlekraftwerke dar. Die aktuelle Kraftwerksliste und die Greenpeace-Studie zum Klimaschutzpaket stehen im Internet: <http://www.greenpeace.de/>

## **3.7. Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung**

### **Netzwerk Zukunftsstädte gestartet**

Ziele des Netzwerkes sind es, die in der T-City Friedrichshafen und den Wettbewerbsstädten angestoßenen Projekte zur Stadtentwicklung mittels neuer Technologien zu unterstützen und die gewonnenen Erfahrungen untereinander auszutauschen. Zugleich soll das Netzwerk deutschlandweit Beispiel geben für innovative Kooperationsformen und die interkommunale Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Bürgerengagement, Verwaltung, Umwelt – und Klimaschutz fördern.

[http://www.dstgb.de/homepage/pressemitteilungen/netzwerk\\_zukunftsstaedte\\_gestartet/index.html](http://www.dstgb.de/homepage/pressemitteilungen/netzwerk_zukunftsstaedte_gestartet/index.html)

### **Integration von innerstädtischen Einkaufszentren**

Die Dokumentation der im Rahmen der DSSW-Veranstaltungsreihe „Integration von innerstädtischen Einkaufszentren“ am 23.11.2007 in Münster veranstalteten Fachforen steht jetzt zum kostenlosen Download zur Verfügung.

[http://www.dssw.de/sv\\_downl\\_popup\\_beschr.php?downl\[id\]=123](http://www.dssw.de/sv_downl_popup_beschr.php?downl[id]=123)

## **3.8. Rechtsvorschriften**

### **Verwaltungsvorschriften des Bundes sind online**

Interessierte Bürgerinnen und Bürger wie auch Kommunen können ab sofort kostenlos die Verwaltungsvorschriften der Bundesministerien und Bundesbehörden im Internet einsehen. Bislang konnten das nur Beschäftigte der Bundesverwaltung. Verwaltungsvorschriften sind keine Gesetze, haben aber unmittelbaren Einfluss auf Wirtschaft und Bürger, weil sie Verfahren, Organisation und Gesetzesauslegungen regeln.

<http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/>

---

## 4. Personalien – Linke Mandate

### **Klett gewinnt Bürgermeister-Stichwahl in Fredersdorf-Vogelsdorf**

Dr. Uwe Klett (DIE LINKE) wird neuer Bürgermeister in der Berliner Randgemeinde Fredersdorf-Vogelsdorf (Märkisch-Oderland). Der Linkspolitiker setzte sich in der Stichwahl am 2. Dezember 2007 mit 53,12 Prozent gegen Alfred Weihs (Gruppe WIR/ 46,9 Prozent ) durch. Die Wahlbeteiligung betrug 37,7 Prozent. Amtsinhaber Wolfgang Thamm (CDU) geht Ende Januar 2008 in den Ruhestand. Der 48-jährige Klett war bis 2006 Bürgermeister des Berliner Bezirks Marzahn-Hellersdorf. Klett ist der 13. hauptamtliche Bürgermeister mit Mandat der LINKEN in Brandenburg.

<http://www.dielinke-brandenburg.de/index.php?id=14532>

Mail: [uwe.klett@web.de](mailto:uwe.klett@web.de)

### **Bezirksstadtrat Heuer wird Staatssekretär**

Dr. Jens-Peter Heuer (DIE LINKE), seit 2001 Bezirksstadtrat für Jugend und Finanzen im Bezirksamt Mitte von Berlin, wird im Januar 2008 neuer Wirtschaftsstaatssekretär im Senat von Berlin. Heuer war von 1991 bis 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter für Haushaltsangelegenheiten der Fraktion der PDS im Abgeordnetenhaus von Berlin und von 1996 bis 2000 stellvertretender Bezirksbürgermeister und Stadtrat für Finanzen und Wirtschaft im Bezirk Mitte. Als Grundsatz seiner politischen Arbeit nennt Heuer: „Jeder Entscheidungsprozess und mag er (gerade durch die Zwänge der sogenannten Haushaltskonsolidierung) noch so schwierig, noch so schmerzhaft sein, muss transparent, mit einem Maximum an Mitwirkung der Betroffenen und behutsam organisiert und politisch geführt werden.“

<http://www.berlin.de/ba-mitte/bezirksamt/heuer.html>

<http://www.kandidatenwatch.de/selbstdarstellung-837-697.html>

### **Neuer Vorstand des Kopofor Thüringen**

Das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. wählte am 24. November 2007 in Sömmerda für zwei Jahre seinen neuen Vorstand. Wiedergewählt wurden die Vorsitzende MdL Heidrun Sedlacik (Hohenleuben), die Stellvertreterin Antje Schneider (Bad Salzungen), der Schatzmeister Andreas Schuster (Isseroda) und die Mitglieder des Vorstandes Dr. Rita Bader (Arnstadt), Vera Fitzke (Gotha), MdL Ralf Kalich (Blankenstein), Cornelia Nitzpon (Erfurt) und Heinz-Dieter Plötner (Altenburg). Neu im Vorstand sind als stellvertretende Vorsitzende Cordula Eger (Herbsleben) und als Mitglieder Constanze Truschzinski (Pößneck) und Norbert Mros (Mühlhausen).

<http://www.kopofor-thuer.de/site/frame.html>

---

## 5. Veranstaltungen

### **4. bis 6. Januar 2008**

#### **Winterschule „Kommunalpolitik“**

Veranstalter: Kommunalpolitisches Forum Thüringen e. V.

Ort: Tagungshaus „Rittergut“ e. V. in Lützensömmern

Info: [http://www.kopofor-thuer.de/dokumente/2007/Veranstaltungen/einladung\\_winterschule.pdf](http://www.kopofor-thuer.de/dokumente/2007/Veranstaltungen/einladung_winterschule.pdf)

### **22. und 23. Januar 2008**

#### **Zukunftsforum Ländliche Entwicklung**

Veranstalter: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ort: Berlin, ICC

Info: <http://www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de/>

### **24. Januar 2008**

#### **D115 -Die einheitliche Behördenrufnummer**

Veranstalter: Behördenspiegel

Ort: Düsseldorfer Rathaus, Marktplatz 1, 40213 Düsseldorf

Info: [http://www.fuehrungskraefte-forum.de/115\\_3\\_low.pdf](http://www.fuehrungskraefte-forum.de/115_3_low.pdf)

---

## 6. Veröffentlichungen

### **Wir müssen mehr miteinander reden! - Migranten und Deutsche im Stadtteil**

Stefan Gaitanides

Fachhochschulverlag, Frankfurt am Main, 2006, ISBN 978-3-936065-67-1

Kurzbeschreibung: Im öffentlichen Diskurs wird vor der Bildung von »Parallelgesellschaften« von Einwanderergruppen gewarnt. In Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil wird das Zusammenleben von Bewohnern mit und ohne Migrationshintergrund als besonders konfliktuell geschildert und als ein Grund für die Abwanderung der angestammten deutschen Bevölkerung genannt. Im Rahmen der Projekte „Soziale Stadt“ sind in solchen Stadtteilen Maßnahmen zur Verbesserung der Nachbarschaftsbeziehungen, zur sozialen Integration und zur kommunalen Partizipation eingeleitet worden, um eine Trendumkehr herbeizuführen. Die Studie beruht auf einer qualitativen Befragung in einem „Stadtteil mit einem besonderen Entwicklungsbedarf“ und hohem Migrantenanteil in der Gemeinde Raunheim (Hessen).

### **Gebäudeenergieeffizienz in Kommunen - Dokumentation des 12. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten am 12./13. März 2007 in Nürnberg**

Cornelia Rösler (Hrsg.) unter Mitarbeit von Vera Lorke Difu-Impulse, 2008, Band 1, 256 Seiten

Preis Euro 23,- ISBN: 978-3-88118-436-6

Kurzbeschreibung: Die Gebäudeenergieeffizienz ist eines der bedeutendsten Handlungsfelder des kommunalen Energiemanagements. Dies bezieht sich sowohl auf Neubauvorhaben als auch auf Modernisierungen und Sanierungen im Gebäudebestand. Eine ganze Reihe von Gesetzen, Verordnungen, Normen und Bestimmungen regelt die Anforderungen an den Gebäudeenergieverbrauch und die Vorgehensweise bei seiner Berechnung. Die wichtigste Regelung ist die Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparende Anlagentechnik bei Gebäuden (Energieeinsparverordnung EnEV). Die EnEV ist am 1. Oktober 2007 in Kraft getreten. Auf dem Fachkongress wurden zu wichtigen Themen des kommunalen Energiemanagements neue Verfahren, Ansätze und Beispiele aus der Praxis der Energiebeauftragten vorgestellt, diskutiert und in Workshops vertieft.

---

## 7. Kontakte

### **Katrin Kunert**

Kommunal- und sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

Tel.: 030 227 74488

Fax: 030 227 76489

Büro: Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Mail: [katrin.kunert.@bundestag.de](mailto:katrin.kunert.@bundestag.de)

### **Dr. Petra Brangsch**

wiss. Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Katrin Kunert

Tel.: 030 227 74490

Fax: 030 227 76489

Funk: 0172 3124439

Büro: Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Mail: [katrin.kunert.ma02@bundestag.de](mailto:katrin.kunert.ma02@bundestag.de)

### **Dr. Manfred Klaus**

Referent für Regional- und Kommunalpolitik

Tel.: 030 227 55110

Fax: 030 227 56413

Büro: Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Mail: [manfred.klaus@linksfraktion.de](mailto:manfred.klaus@linksfraktion.de)

### **Felicitas Weck**

Referentin Bund-Länder-Koordination

Tel.: 030 227 52114

Fax: 030 227 56411

Büro: Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Mail: [felicitas.weck@linksfraktion.de](mailto:felicitas.weck@linksfraktion.de)